

Unter Generalverdacht

Anfeindungen gegenüber der muslimischen Community

Dudu Kücükgöl

Ob Burkiniverbot oder muslimische Kindergärten: der Generalverdacht, unter dem die muslimische Community heute lebt, bedeutet weitgehende Eingriffe in ihre Lebenswelten und vor allem auch eine Entfremdung von der österreichischen Gesellschaft, der ihre Mitglieder angehören. Kinder, Jugendliche und junge Frauen sind es, die ganz besonders darunter leiden.

In dem Science-Fiction-Film „Minority Report“ werden Menschen, von denen angenommen wird, dass sie in der Zukunft unter bestimmten Voraussetzungen eine Straftat begehen, daran gehindert, indem sie noch vor der potenziellen Tat verhaftet und bestraft werden. Im Laufe des Films stellt sich heraus, dass diese Vorhersagen von Straftaten nicht verlässlich sind und auch Menschen verhaftet und bestraft wurden, die eine Straftat womöglich nie begangen hätten.

So ähnlich fühle ich mich manchmal, wenn die muslimische Community unter Generalverdacht steht und wir präventiv und kollektiv für die Taten von Extremist_innen verantwortlich gemacht werden. Dabei geht es mir nicht „nur“ um islamfeindliche Vorfälle auf der Straße, die sich gerade nach islamistisch-extremistischen Anschlägen häufen: Anschläge wie in Paris oder Berlin führen nicht „nur“ zu einem Anstieg von individuellen Übergriffen, sondern werden auch als Anlass für politische Maßnahmen genommen.

Es ist kein Zufall, dass nach dem Anschlag in Nizza im Juli 2016 in Frankreich an vielen Stränden ein Burkiniverbot durchgesetzt wurde. Ein Schwimmanzug als Indiz für Terror klingt eigentlich wie ein schlechter Scherz. Doch ist ein solches Verbot Realität und bedeutet die Verdrängung von (manchen muslimischen) Frauen aus öffentlichen Räumen.

Muslim_innen unter Generalverdacht

Aber nicht nur in Frankreich leiden Muslim_innen unter Verdächtigungen: Nachdem in Schulen Lehrer_innen aufgefordert wurden, muslimische Kinder und Jugendliche zu beobachten und bei Extremismusverdacht Polizei oder Schulpsycholog_innen zu alarmieren, häufen sich Berichte über Rassismus und Islamfeindlichkeit im Schulalltag auch in Österreich. So kommt es häufig vor, dass Lehrer_innen islamische alltägliche Religionspraktiken von vornherein skeptisch und argwöhnisch betrachten. In einer Diskussion mit Lehrer_innen aus Wien erzählten diese, dass sie bei Schüler_innen, die ein Kopftuch zu tragen oder zu beten beginnen, hellhörig werden. Expert_innen, die zu Schulungen eingeladen werden und Bärte sowie arabische Floskeln bereits als Anzeichen von Radikalisierung deuten, sind alles andere als hilfreich. Präventionspro-

gramme an Schulen sind bestimmt wichtig, aber sie dürfen nicht dazu führen, dass muslimische Schüler_innen von vornherein als potenzielle Gefahr gesehen werden und sich in der Schule nicht mehr wohlfühlen.

Mit der Diskussion rund um „islamische Kindergärten“ wurde die gesamte Radikalisierungsdebatte in Österreich noch weiter verschärft: Bereits Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren könnten in diesen Kindergärten radikalisiert werden und so künftig zu „Gefährder_innen“ werden. Dieses Bild wird über Medien und Politik verbreitet. Weitere Maßnahmen in diesem Bereich sind bereits politisch angekündigt und zu erwarten.

Ednan Aslan, Islamwissenschaftler an der Universität Wien, tätigte folgende (haarsträubende) Aussage gegenüber dem ORF: „Radikalität fällt nicht vom Himmel. Radikalität ist das Ergebnis eines Prozesses, und dieser Prozess fängt im Kindergarten an. Wenn Sie lernen, einen Menschen zu verachten, dann ist ihn zu töten nur eine technische Aufgabe.“

In der Folge wurden von Muslim_innen geführte Kindergärten durch die Stadt Wien verstärkt überprüft. Dabei wurde gefragt: „Feiern Sie mit den Kindern Weihnachten? Wird hier der Koran gelesen? Feiern sie mit den Kindern islamische Feste?“ Mit diesen und ähnlichen Fragen sollte evaluiert werden, ob die Kinder zu zukünftige Islamist_innen oder Terrorist_innen erzogen werden. Für mich heißt das: Jeglicher Bezug zur islamischen Religion wird als Verdachtsmoment aufgefasst. Muslim_in sein wird als Terrorgefahr verstanden.

Privates ist politisch

Mutter zu sein hat meinen Blick patriarchale Strukturen, Sexismus und Rassismus geschärft. Ich erlebe Sexismus und Rassismus intensiver, wenn ein Kind anwesend ist. Wenn ich wie ein Kind frauenfeindliche oder islamfeindliche Kommentare höre

sie nicht versteht, weil es noch nicht daran gewöhnt ist, erinnert es mich daran, dass wir uns nicht daran gewöhnen dürfen. Als Frau, Jugendarbeiterin und Mutter finde ich nicht nur den Alltagsrassismus im öffentlichen Raum problematisch, mich beunruhigen vor allem die Entwicklungen im institutionellen Bereich – allen voran – im Bildungsbereich.

Bildungseinrichtungen müssen sichere Räume sein, in denen alle Kinder und Jugendlichen willkommen sind, sich frei und ohne Angst entfalten können: unabhängig von ihrer Hautfarbe, Religion, Behinderung, sexueller Orientierung oder Identität. Fühlen sich Kinder und Jugendliche in Bildungseinrichtungen nicht wohl, unter Beobachtung oder ausgegrenzt, wird ein positiver Bezug zu Bildung und damit auch sozialer Aufstieg erschwert. Ausgrenzung und Diskriminierung, am Rande der Gesellschaft zu stehen, spielen genau denen in die Hände, die die Frustration der Jugendlichen in Hass umwandeln wollen.

Bildung als Handlungsfeld

Als konkretes Handlungsfeld, in dem dringend etwas getan werden muss, möchte ich daher den Bildungsbereich erwähnen. Die oben genannten Zustände in Kindergärten und Schulen sowie regelmäßige Kopftuchverbotsdiskussionen erschweren eine Weiterentwicklung der muslimischen Bevölkerung unseres Landes, die ohnehin eher sozial schwach und bildungsfern ist. Ich bin davon überzeugt, dass eine Gesellschaft nur so fortschrittlich sein kann, wie es ihre Frauen sind.

Nun die gebildeten Musliminnen diejenigen sind, die durch ein Kopftuchverbot von einem großen Teil des Arbeitsmarktes ausgeschlossen werden, trifft es nicht nur einzelne Frauen. Wie wichtig ökonomische Unabhängigkeit für ein selbstbestimmtes Leben ist, brauche ich gewiss nicht zu betonen. Ein solches Verbot trifft aber die muslimische Community.

Solidarität ist nicht immer einfach

Feministische inklusive und intersektionale Handlungsoptionen bedeuten immer, sich an den Bedürfnissen der Betroffenen zu orientieren: den Betroffenen zuzutrauen, dass sie ihre eigene Lage am besten verstehen und wissen, was sie brauchen. Das bedeutet zuallererst einmal, sich selber zurückzunehmen und zuzuhören und versuchen zu verstehen, was Betroffene selber sagen.

Es ist keine Frage, dass heute in Österreich sichtbare Musliminnen zu den verletzlichsten und diskriminierten Gruppen gehören – so wie Schwarze Menschen, Angehörige der LGBTQI-Community oder Geflüchtete. Die Zugehörigkeit zu einer oder mehrerer dieser Gruppen heißt nicht, selbst von unterdrückenden Verhaltensweisen frei zu sein.

Die Verbindungen der feministischen Bewegung in Österreich zu all diesen Communitys sind durchaus noch ausbaufähig. Wir brauchen Plattformen, in denen wir einander kennenlernen, miteinander diskutieren und reflektieren können. Dabei sollten wir uns nichts vormachen: Solidarisch zu sein, Differenzen zu akzeptieren und zuzulassen ist nicht immer einfach und muss gelernt werden. Die afroamerikanische Schriftstellerin und Aktivistin Audrey Lorde schrieb dazu: „It is our differences that divide us. It is our inability to recognize, accept, and celebrate those differences.“

Schließlich kommt es also darauf an, ob wir es schaffen, unsere Unterschiede nicht als trennend zu erleben, sondern eben diese aneinander zu schärfen und sich füreinander einzusetzen, auch wenn Frau anderer Meinung ist.

Autorin: Dudu Kücükgöl ist feministische und muslimische Aktivistin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind postkoloniale feministische Theorien, muslimische Jugendliche und Frauen in Österreich sowie muslimischer Feminismus. Sie lebt und arbeitet in Wien.